

# Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zeitungsmesse  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Preis 20  
Rt. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr 302.

Montag, 31. Dezember 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Grotzsch, des Tagesblattes, sowie am Schalter der tägl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Ausgabe-Ordnung für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rautenkraßstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

**Anzeigen** für das „Riesner Tageblatt“ erbitten und spätestens bis **Wormittags 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabejahres. Die Geschäftsstelle.

**Wasserzins** auf das 4. Vierteljahr 1894 sind **halbigst**, **frühestens aber bis 14. Januar 1895** an die hiesige Stadthauptkasse abzuführen.

Nach Ablauf der Zahlungsfrist erfolgt zwangsweise Beitreibung der Reste, worauf zur Vermeidung unnötiger Kosten hiermit besonders aufmerksam gemacht wird. Riesa, am 31. Dezember 1894.

Der Stadtrath.  
Schwarzenberg, Stadtrath.

Rohe.

## Bekanntmachung.

Das auf das Jahr 1894 noch in Rest befindliche **Schulgeld** und der

## Zur Jahreswende.

Das Jahr 1894 brachte es zu keinem guten Abschluß. Die schon seit einer Reihe von Jahren andauernde Geschäfts- und Handelskrise ist noch nicht überwunden, wenn sich auch in einigen Branchen eine geringe Besserung bemerklich macht. Nordamerika hält uns seinen Markt nach wie vor so gut wie verschlossen und der Absatz nach Rußland ist nur in Rohseiden und Maschinen nennenswerth besser geworden, seitdem der neue Handelsvertrag mit dem Zarreiche besteht. Fast noch ungünstiger sieht es auf dem politischen Gebiete aus. Keine Regierung der Welt wird in der Lage sein, es allen Parteien recht zu machen, aber selten war die öffentliche Unzufriedenheit so weit verbreitet, wie heute.

Der Reichstag hat seine Weihnachtsferien; die kurze Session vor den Feiertagen hat mit einem Mißklang begonnen und mit einem solchen beendet. In wenigen Tagen tritt die Vertretung des deutschen Volkes wieder zusammen; es harren ihrer schwierigen Aufgaben, unter denen die Umsturzvorlage allen Anderen voran steht. Das Schicksal derselben ist noch vollständig in Dunkel gehüllt; das Zentrum giebt den Ausschlag und diese Fraktion hat sich noch nicht schlüssig gemacht. Ob der Reichstag an dieser Aufgabe scheitert, ob er aufgelöst wird, wenn er die Umsturzvorlage ablehnt, — diese Frage wird vielfach erörtert.

Nicht minder wie die Umsturzvorlage bildet die Abgabe des Reichsfinanzplans auf die eigenen Füße zu stellen, eine Hauptaufgabe für den Reichstag. Die Reichsfinanzreform ist uns aus der vorjährigen Lesung überkommen, und als einziges Steuerobjekt ist diesmal der Tabak übrig geblieben, von dem schon Fürst Bismarck meldet, daß er „noch mehr bluten“ müsse. Die Finanzpolitiker der links stehenden Parteien wollen von einer Steuervermehrung nichts wissen, denn die Finanzlage des Reiches hat sich gegen das Vorjahr entschieden gebessert. Fürst Hohenlohe wird in den ersten Tagen des neuen Jahres den Fürsten Bismarck in den Friedrichsruh besuchen. Wenn sich auch keine politischen Folgerungen an diesen Hüftleitsakt knüpfen lassen, so macht derselbe doch einen guten Eindruck. Beim Grafen Caprivi hatte man dagegen oft den Eindruck, als ob derselbe persönlich gegen seinen Amtsvorgänger eingenommen sei, wie die Verhältnismäßigkeiten an den deutschen Botschafter in Wien gelegentlich des dortigen Besuchs des Fürsten Bismarck und viele unheimliche Preßereien gezeigt haben. Der Kaiser und der Alt-Reichskanzler haben ja förmlich Frieden miteinander gemacht; nun ist es gut, wenn auch der neue Kanzler Fürst Hohenlohe, der stets mit dem Fürsten Bismarck auf bestem Fuß gestanden hat, diesem freundschaftlichen Verhältnis öffentlich Ausdruck giebt. Daß es mit Vorwissen und im Einverständnis mit dem Kaiser geschieht, ist selbstverständlich und erhöht nur noch die Bedeutung des Besuches.

Die Beziehungen Deutschlands zum Auslande sind fortgesetzt gut und haben sich seit dem Thronwechsel in Rußland womöglich noch verbessert. Der neue Zar ist den Franzosen gegenüber keinerlei Verpflichtungen eingegangen und scheint auch im Uebrigen ein sehr verständiger junger Herr zu sein, der auf Verbesserungen aller Art in seinem Reiche Bedacht nimmt, ohne sich zu überstürzen. Die Nihilisten scheinen gegenwärtig ihre Thätigkeit gänzlich eingestellt zu haben und die Entlassung Gurkos von seinem Posten als General-Gouverneur Polens hat bei der polnischen Bevölkerung einen geradezu enthusiastischen Jubel hervorgerufen. Oesterreich labort an seiner Reform weiter, Ungarn nimmt die Ministerkrise ins neue Jahr hinders und in Italien wird sich während der ersten Tage des neuen Jahres das Schicksal der Kammer, vielleicht auch das Crispis entscheiden. Frankreich hat sein Madagaskar, das wohl für ein Jahr die Agitation des nationalen Chauvinismus bilden wird und England hat seine Oberhauskrise. Je mehr die

Mächte im eigenen Hause zu thun haben, desto weniger haben sie Gelegenheit, sich nach Außen hin zu engagieren. Erwähnung verdient an dieser Stelle auch die Meldung, daß der neue Zar geneigt sei, unter gewissen Bedingungen in die Anerkennung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien zu willigen, womit endlich auch dieser Jankefel aus der Welt geschafft werden könnte.

Möge auch im neuen Jahre die Lage so friedlich bleiben, wie sie gegenwärtig ist; Industrie und Handel aber mögen von dieser Friedensstimmung belebende Impulse empfangen und unserer Landwirtschaft möge die Erreichung ihrer mit dem Allgemeinwohl verträglichen und berechtigten Forderungen zu theil werden!

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Se. königliche Hoheit Prinz Georg von Sachsen trifft zum Neujahrsfeste am Berliner Hofe ein und wird im königlichen Schlosse in Berlin Wohnung nehmen. Ebenso nimmt Se. königliche Hoheit Prinz Arnulf von Bayern, welcher ebenfalls zur Teilnahme an der Neujahrsfeier am diesseitigen Hofe am Montag, den 31. ds. in Berlin eintreffen wird, im dortigen königlichen Schlosse Wohnung.

Von einer Stelle, die in der Regel über die Absichten an den maßgebenden Regierungsstellen gut unterrichtet ist, erzählt der „Hann. Cour.“ die nachstehenden Ausführungen über den gegenwärtigen Stand der Handwerkerkammern: So groß die Bereitwilligkeit innerhalb der maßgebenden Kreise ist, in der Handwerkerfrage billigen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen, so weit gehen die Meinungen noch über d. s. Wie auseinander. Bei einem Theile der Regierung scheint auch jetzt noch eine starke Abneigung dagegen zu bestehen, zu derjenigen Durchführung der Organisation des Handwerks von unten heraus zu rathen, die man als Zwangsorganisation zu bezeichnen übereingekommen ist. Auf dieser Seite legt man das Schwergewicht auf die Erfüllung der gegebenen Aufgabe, sogenannte Handwerkerkammern zu errichten. Von der anderen Seite macht man hingegen geltend, daß das Nächste und Wichtigste die Bildung von Fachgenossenschaften zum Zweck der Hebung des Lebensstandes sei, denn die Handwerkerkammern würden sich um diese Frage gar nicht dem Bedürfnis entsprechend kümmern können. Ueberdies widerstrebe ein Theil der Handwerker dem Bestehen von Handwerkerkammern, weil er befürchte, durch die Handwerkerkammern müßten die Innungs-Ausschlüsse lahmgelegt und in vielen Fällen unterbrochen werden. Außerdem wird geltend gemacht, die Handwerker würden besonders auch um deswillen gegen die Handwerkerkammern eingenommen sein, weil sie befürchteten, daß ihnen die Sache viel zu theuer zu stehen komme. Man sieht, die Bedenken gegen die Handwerkerkammern entsprechen ungefähr denen, die gegen die Landwirtschaftskammern bestanden und theilweise zur Zeit noch immer bestehen. Vor Allem ist auch nicht zu verkennen, daß in vielen Handwerkerkreisen geradeheraus gesagt wird, wenn erst die Handwerkerkammern eingerichtet seien, würden die Sozialdemokraten viel leichtere Arbeit mit den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden haben, als je zuvor. Als der Hauptvertreter der Handwerkerkammer-Idée im Staatsministerium gilt Staatsminister von Bötticher. Ihm ist es gutem Vernehmen nach in der letzten Staatsministerialsitzung gelungen, mit seinem Wunsche durchzudringen, daß dem Bundesrath sobald als möglich ein Entwurf, betreffend die Errichtung von Handwerkerkammern, vorgelegt werde; ob die Frage der Enquete damit in den Hintergrund gedrückt und die bekannten Pläne des Handelsministers von Beseler vor der Hand ad acta gelegt worden sind, wird sich wohl bei der Besprechung der national-liberalen Interpellation im Reichstage zeigen.

Die sächsischen Regierungen. In glaubt die „Kölnische Volks-Ztg.“ zuverlässig mittheilen zu können, haben nicht die geringste Neigung, aus Anlaß der Umsturzvorlage einen Konflikt mit dem Reichstag heraufzubekommen. Mit diesem Umstand muß die preussische Regierung auch rechnen, besonders in Bezug auf die Stimmung am Stuttgarter Hofe.

Der „S. Z.“ bestätigt, daß Deutschland, Frankreich und England gegen die in der Haushaltsrede des Ministerpräsidenten Crispis angekündigte gesetzliche Regelung der Schulfrage Widerspruch erhoben und die Wiederholung der Verhandlungen mit den Gläubiger-Ausschüssen verlangt haben.

Das Gesetz wider den unlauteren Wettbewerb, 557 in der Thronrede für die gegenwärtige Reichstagsitzung in Aussicht gestellt worden ist, soll, wie in Reichstagskreisen verlautet, im Reichsamt des Innern unter Berücksichtigung der von der Sachverständigen-Kommission geltend gemachten Gesichtspunkte einer Umarbeitung unterzogen werden sein und liegt gegenwärtig den verhandelt Regierungen vor. Wie es der „Kölnischen Zeitung“ zufolge heißt, steht die neue Vorlage auf dem Boden der Anschauung, daß die strafrechtliche Entschädigungspflicht wegen Handlungen des unlauteren Wettbewerbs voranzustellen und lediglich für die schwereren Fälle auch strafrechtliche Ahndung anzudrohen sei.

**Italien.** Die meisten römischen Blätter nehmen von dem in letzter Nr. erwähnten Schreiben Cavallotti nur kurze Notiz. Die „Riforma“ sucht ihn leicht abzutun, ohne auf den Inhalt der einzelnen Vorwürfe einzugehen. Sie betonen nur, daß Crispis das Ordensdekret für Cornelius Herz (Hoferr) sollte nach Cavallotti gegen eine Bezahlung von 50000 Lire zum Ritter des Mauritiusordens erhoben werden) nicht gerufen habe, nachdem er über dessen Charakter Aufführungen erhalten habe. Im Uebrigen gräbt sie frühere Aeußerungen Cavallottis aus, um Wandlungen in dessen Bestimmung nachzuweisen. Die „Opinione“ behauptet, Cavallotti werde noch beteuern, den Brief veröffentlicht zu haben. Der „Fanzullo“ meint, der Brief ändere nichts an der Lage und die öffentliche Meinung erhebe sich nicht über ihn. Der „Diritto“ sagt, der Brief bedürfe keiner Erläuterung, sondern der Widerlegung. Er sei die Folge, daß man die Parlamentaristik verstanden habe. Das Blatt bemerkt außerdem, es sei klar, daß die Radikalen nichts schärfer wünschen, als Renzulli, und wenn die anderen Gruppen der Opposition solche fürchten, so handle es sich nicht um persönliche Furcht, sondern um die Furcht für die Einrichtungen des Landes. Der „Diritto“ verzeichnet auch das Gerücht, daß auch Freunde Crispis es jetzt für wahrscheinlich erklärten, daß Crispis sich zurückziehen werde.

**Amerika.** In den Vereinigten Staaten hat es während der Weihnachtsfeiertage eine förmliche Nord-Epidemie gegeben. Betrunktheit bildete in vielen Fällen die Gelegenheitsursache. Die meisten Morde ereigneten sich in den südlichen Staaten und die meisten Opfer waren Neger. Im Staate Florida allein wurden sechs Morde begangen. Zwei wurden in Atlanta, Georgia, verübt, zwei in Gadsden, Alabama, und drei in Missouri. Andere Morde kamen in Illinois, Süd-Carolina und in Pittsburg und Philadelphia vor. — Sieben Neger erschossen in der Grafschaft Brooks die Beamten des Ehe liss, als sie einen des Wortes angeklagten Farbigen verhaften wollten. In der Gegend ist es infolgedessen zu einem wahren Rostkrieg gekommen. — Der frühere New-Yorker Polizei-Capitain Stevenson ist wegen Bestechung zu drei Jahren neun Monaten Gefängnis und einer Geldbuße von 1000 Dollar verurtheilt worden, weil er von einem Fruchtändler vier Körbe Pfeffer angekauft. (Nach diesem Maß gemessen, müßten andere New-Yorker Polizei-Capitane Jahrausende im Justizhause zubringen.)

**Neu.** Amtliche Drohmelddungen aus Hiroshima bringen wirtete Einzelheiten über das Gesecht vom 19. ds.